

zum Streik im öffentlichen Dienst 2006

dbb
tarifunion

ver.di



Gemeinsame Demonstration am 29. März in Hannover
FOTO: DBB

Schuften bis der Arzt kommt

Die Arbeitgeber provozieren. Ihr Forderungskatalog für die Uni-Kliniken: 12-Stunden-Schichten, 120 Stunden in zwei Wochen, Gehaltsabsenkungen. Freundliches Entgegenkommen für die Ärzte. Der Streik geht in die neunte Woche

HERAUSGEBER:
VER. DI VEREINTE
DIENSTLEISTUNGS-
GEWERKSCHAFT UND
DBB TARIFUNION
VERANTWÖRTLICH:
MARTIN KEMPE

Die Arbeitgeber lassen die Maske fallen. In einem Gespräch mit den Gewerkschaften in der Arbeitsgruppe „Universitätskliniken“ haben sie ihre Vorstellungen auf den Tisch gelegt. Danach begnügen sie sich nicht mit ihrer allgemeinen Forderung nach Arbeitszeitverlängerung und Wegfall des Weihnachts- und Urlaubsgeldes für alle Landesbeschäftigten. Im Bereich der Universitätskliniken, Landeskrankenhäuser und Zentren für Psychiatrie legen sie noch eine Schippe drauf.

So sollen die Beschäftigten in den Uni-Kliniken nach ihrer Meinung in Zukunft arbeiten:

■ Über die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 42 Stunden hinaus soll eine „individuelle“ Arbeitszeit von bis zu 48 Stunden eingeführt werden. Dafür soll es dann einen „Teillohnausgleich“ geben.

■ Für eine Erhöhung der Arbeitszeit mit Bereitschaftsdienst über 48 Wochenstunden hinaus ist in dem neuen, bisher nur für Kommunen und Bund geltenden Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) die Zustimmung des Betriebsrats/Personalrats nötig. Das soll in Zukunft entfallen. **Die Arbeitgeber wollen einen Freibrief** bei der Gestaltung der Arbeitszeit. Sie wollen ein Gesetz, die betriebliche Mitbestimmung, durch einen Tarifvertrag ausschalten.

■ Überstunden sollen erst nach Ablauf einer Ausgleichsfrist von einem Jahr anfallen. Das bedeutet – erst recht bei einer 48-Stunden-Woche – de facto: **Der Überstundenzuschlag entfällt.**

■ Abweichend von den Regelungen des Arbeitszeitgesetzes (tägliche Höchstarbeitszeit 10 Stunden) soll die **tägliche Arbeitszeit im Schichtdienst bis auf 12 Stunden** auch an Wochentagen ausgedehnt werden.

■ Folglich sollen **12-Stunden-Schichten nicht nur am Wochenende erlaubt sein, sondern über mehrere Wochen!** Dabei sollen 120 Stunden in zwei unmittelbar aufeinander fol-

genden Wochen nicht überschritten werden – das wollen die Arbeitgeber als „Arbeitsschutzmaßnahme“ verkaufen.

■ Die „Spreizung“ der Tarifniveaus im Bereich der Pflegekräfte soll erhöht werden. Wodurch? Durch die tarifliche Absenkung der so genannten „Grundtätigkeiten“ in der Krankenpflege. Mit anderen Worten: **Krankenpflege soll schlechter bezahlt werden.**

Das sind nur die schlimmsten Auswüchse. Die TdL behauptet, die Übernahme der Universitätskliniken in den Geltungsbereich des für Bund und Gemeinden geltenden TVöD sei teurer als in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Besonders bei den Pflegekräften entstünden zusätzliche Kosten. Deshalb müssten die Gewerkschaften der TdL „in ausgleichender Weise entgegenkommen“. Die Beschäftigten – vor allem die Pflegekräfte – sollen also ein Sonderopfer bringen. Wie das aussieht? Siehe oben.

Wohlfühlen für die Ärzte

Der Marburger Bund fordert für die Ärztinnen und Ärzte 30 Prozent höhere Einkommen. Eine absurde Forderung aus Sicht der TdL, sollte man meinen, wenn man das Verhalten der Arbeitgeber gegenüber allen übrigen Beschäftigten der Kliniken bedenkt. Aber weit gefehlt. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat dem Marburger Bund Einkommenssteigerungen von bis zu 45 Prozent in Aussicht gestellt. Die individuell auszuhandelnde Heraufsetzung der Arbeitszeit von 42 auf 48 Stunden soll nicht – wie beim Pflegepersonal – mit Teillohnausgleich, sondern mit vollem Lohnausgleich (plus 14,3 Prozent) vergütet werden. Außerdem soll es eine „Leistungszulage“ (10 Prozent) und eine „regionale Zulage“ (bis zu 20 Prozent) geben, die bei höheren Lebenshaltungskosten oder als Anreiz in Regionen mit Ärzteknappeit gezahlt werden soll. Woher wollen die Länder das Geld für diese Großzügigkeit nehmen? Die provozierende Missachtung gegenüber dem nichtärztlichen Klinikpersonal lässt nur einen Schluss zu: Für die Ärzte hui, für alle anderen Beschäftigten pfiu! **Deswegen: Der Streik geht weiter. Wir lassen uns das nicht gefallen.**

ARBEITGEBER WOLLEN
BESCHÄFTIGTENGROUPEN SPALTEN

Die Solidarität der Bessergestellten

Rainer Brüderle von der Steuererleichterungspartei FDP schlug kürzlich eine Steuer auf Streikgelder vor – angeblich um Steuerprivilegien zu kappen. Diese aus Mitgliedsbeiträgen stammenden Gelder sind zwar bereits versteuert, aber macht nichts. Wenn Hass auf Gewerkschaften die Sinne trübt, ist kein Versuch zu peinlich.

Anders Guido Westerwelle. Er hat Verständnis für die Streikenden – zumindest für einige. Den Streik der öffentlich Beschäftigten tut er als „Luxusstreik“ ab. Aber er hat viel Verständnis für den Sonderweg des Marburger Bundes und seine 30-Prozent-Forderung. Diese abenteuerliche Sicht einer kleinen Klientelpartei wäre zu ignorieren. Aber es gibt sie auch anderswo, beispielsweise in der regierenden CDU.

Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff bestärkt seinen Finanzminister Hartmut Möllring in seiner Blockade gegenüber ver.di und dbb tarifunion. Er fordert längere Arbeitszeiten bei weniger Einkommen für Krankenschwestern, Rettungsassistenten und Laboranten. Aber bei den Ärzten sieht er „Handlungsbedarf“. Die Forderungen des Marburger Bundes zu Bezahlung und Arbeitszeit seien gerechtfertigt, so Wulff.

Warum diese ungleiche Sicht auf die Forderungen unterschiedlicher Gruppen? Wulff, Möllring, Merkel & Co scheinen sich den Ärzten ganz einfach näher zu fühlen – eine neue Art Klassensolidarität unter bürgerlichen Akademikern, unter sozial Bessergestellten äußert sich da.

Die Forderungen der Ärzte nach fairer Bezahlung sind gerechtfertigt, so wie es die entsprechenden Forderungen des übrigen Krankenhauspersonals auch sind. Deshalb trägt der von ver.di zusammen mit dbb tarifunion durchgesetzte, inzwischen bei Bund und Kommunen gültige Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) auch den Anliegen aller Krankenhausbeschäftigten Rechnung. **Der von der TdL unter Führung von Möllring versuchte Weg dagegen zielt auf die Spaltung der Beschäftigtengruppen und auf die Privilegierung einer kleinen Gruppe auf Kosten der großen Mehrheit.**

Klar ist: Die 30 Prozent mehr Lohn für die Ärzte will die TdL beim übrigen Personal wieder reinholen. Es geht offensichtlich gar nicht ums Sparen. Zugleich will die CDU-dominierte TdL die gewerkschaftliche Schutzmacht schwächen. Hier ist die Privilegierung einer Beschäftigtengruppe Mittel zum Zweck. Ziel sind ein öffentlicher Dienst und eine Gesellschaft, in denen verordnet statt verhandelt wird.

Und die SPD? Die Sozialdemokraten müssen sich überlegen, ob sie nach Lippenbekenntnissen für Flächentarif und Tarifautonomie im aktuellen Tarifstreit echte Verhandlungen wollen. Oder ob sie sich lieber hinter Möllrings Verhandlungsführung verstecken.

ULRICH HOHNENDORF



Aus Niedersachsen kamen die weiblichen Beschäftigten in ehrwürdiger Schwesterntracht mit Häubchen zur Demonstration am 29. März in Hannover

FOTO: JOCHEN LUEBKE/DDP

EDITH EBERHARD arbeitet im Zentrum für Psychiatrie in Reichenau in der Sporttherapie

Ich denke, dass noch genügend Gelder in den öffentlichen Kassen sind, sie sind nur nicht richtig umverteilt. Die Reichen nehmen sich immer mehr, die Armen müssen immer mehr schuften. Deshalb streike ich, weil das der Weg ist, wie ich überhaupt etwas ändern kann.



CHRISTINA PAPADOMANOLAKI ist Griechin, verheiratet, hat 3 Kinder und ist bereits seit 20 Jahren in der Zentralküche des Uniklinikums Düsseldorf als Küchenhilfskraft beschäftigt

Neben unseren deutschen Kolleginnen und Kollegen arbeiten überwiegend wir Migrantinnen und Migranten unterschiedlicher Nationalitäten in der Küche. Dies gilt auch für viele andere Arbeitsbereiche in unserer Klinik wie in der Wäscherei, der Zentralsterilisation, dem Transportdienst, dem Hauswirtschaftsdienst, den Pforten und der Postelle. Wir Arbeiterinnen und Arbeiter zählen nicht gerade zu den Besserverdienern. Ich verdiene mit Wochenendzuschlägen ungefähr 1200,- € Netto im Monat. Ich finde es notwendig und wichtig, dass wir für den Erhalt unserer Rechte eintreten. Ich glaube, dass wir über alle Berufsgruppen hinweg für unsere berechtigten



Forderungen eintreten müssen, weil wir nur so sicherstellen können, mit einer einigermaßen menschenwürdigen Vergütung und halbwegs familienfreundlichen Arbeitszeiten den Lebensunterhalt unserer Familien zu verdienen. Denn unsere einzige Zukunftsvorsorge ist ein hoffentlich sicherer Arbeitsplatz

MARTIN SÜTTERLIN arbeitet als Arbeiter im Transportwesen des Universitätsklinikum Köln. Im Roten Meer hat er sich auf den Streik vorbereitet

Uns geht die Luft noch lange nicht aus

Operationsteam der Universitätsklinik Köln

„Nur im Team kann eine Operation gelingen, wir lassen uns nicht auseinanderdividieren“, erklärt das OP-Team an der Universitätsklinik Köln. „Wir streiken nun bereits in der achten Woche für eine gerechte und einheitliche Bezahlung unserer Arbeit sowie für den Erhalt von Weihnachts- und Urlaubsgeld. Die Arbeitsverdichtung steigt, die Arbeitszeit soll verlängert werden und das Ganze bei einer Absenkung der Bezahlung. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir kämpfen täglich um Menschenleben und würden lieber heute als morgen wieder an die Arbeit gehen. Solange sich die Tarifgemeinschaft deutscher Länder aber nicht zu fairen Verhandlungen bereit erklärt, streiken wir weiter. Die Arbeitgeber haben uns den Streik aufgezwungen!“
Doris Schumacher, Fachkrankenschwester für Anästhesie (hinten links) fürchtet bei einer Absenkung



ihres Einkommens schlicht um ihre Existenz: „Ich streike für die 38,5-Stunden-Woche und für die Absicherung meiner Existenz. Entgeltkürzungen kann ich mir

nicht leisten! Bei einer Arbeitszeitverlängerung werden noch mehr Stellen abgebaut. Und die Arbeit wird auf immer weniger Mitarbeiter verteilt.“



ROLAND BAUCH ist Koch in der Zentralküche des Universitätsklinikums Düsseldorf

Wir kochen täglich für 1100 Patienten und für 1000 Beschäftigte des Universitätsklinikums Düsseldorf. Ich streike dafür, dass in unserer Küche auch zukünftig noch hohe Qualität gebracht werden kann. Privatisierungen müssen verhindert werden. Dazu bietet der TVöD genug Möglichkeiten. Es ist wichtig, dass auch die Beschäftigten, die in der Vergangenheit bereits zu verschlechterten Bedingungen eingestellt wurden, unter das Dach eines Tarifvertrages kommen. Ich bin bereits seit 24 Jahren als Koch im Uniklinikum Düsseldorf tätig. Jetzt haben die Arbeitgeber das Fass zum Überlaufen gebracht und ich beteilige mich zum ersten Mal an einem Streik.



ZAHRA RAKIB ist 50 Jahre, 5 Enkelkinder und ist seit 17 Jahren im Institut für Hygiene am Univer

beschäftigt
Wir beim Universitätsklinikum haben seit über 5 Jahren keinen Tarifvertrag mehr. Die 38,5 Stunden-Woche will uns der Arbeitgeber auch noch wegnehmen. Unser Arbeitgeber hat 500 Kolleginnen und Kollegen, die nach 2004 eingestellt wurden, die 41 Stunden-Woche aufgezwungen, zahlt Ihnen kein Urlaubsgeld und nur ein gekürztes Weihnachtsgeld. Das finde ich nicht richtig. Deshalb stehe ich heute auch im Streik, um zu verhindern, dass uns das auch passiert. Ich wünsche mir, dass alle Beschäftigten die besseren Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen behalten. Ich hoffe, dass wir wie bisher weiter gemeinsam streiken, bis alle Kolleginnen und Kol-

im öffentlichen Dienst, den wir nur über den Abschluss eines Tarifvertrages erreichen können. Ich befürchte, dass ohne die Sicherheit eines Tarifvertrages dem Arbeitgeber leichter möglich sein wird, unsere Arbeitsplätze durch Privatisierung und Ausgründung wegzurationalisieren. Ich habe leider keine abgeschlossene Berufsausbildung und in meinem Alter werde ich so leicht auch keinen neuen Arbeitsplatz finden, zumal es bereits Millionen von Arbeitslosen gibt. Darum stehe ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen Tag für Tag über alle Berufsgruppen hinweg Seite an Seite und kämpfe für unsere berechtigten Forderungen. Ganz toll an unserem Streik finde ich, dass wir in den vielen Wochen die er nun andauert eine richtig verschworene Gemeinschaft geworden sind, die sich weder vom schlechten Wetter noch von unterschwelligen Drohungen des Arbeitgebers und den verantwortlichen Politikern abhalten lassen, weiter zu streiken. Wir halten zusammen!



Von der Intensivstation zur Kundgebung

FOTO: KAY WINKLER

DEMONSTRATION IN HANNOVER

Balsam für die Streikenden

12 000 Menschen demonstrieren für die Zukunft der Kinder, ihre Arbeitsplätze und die Arbeitsplatzsicherheit von morgen

„Marmor, Stein und Eisen bricht, aber unsere Streikfront nicht!“ Die Band *Lucky Streik* heizt mit dem abgewandelten Schlagertext den 12 000 Demonstranten vor der Oper in Hannover kräftig ein. Und das ist nötig. Es regnet in Strömen und ist ausgesprochen kühl. Die meisten Demonstranten haben eine lange Fahrt hinter sich, sind früh morgens in Konstanz, Homburg, Bonn oder Kiel gestartet. „Möllring – wir komment!“ lautet eine Parole. Sie steht für den Protest gegen die Blockade-Haltung des niedersächsischen Finanzministers im Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes.

ver.di und die dbb tarifunion haben zum 29. März zur Großkundgebung aufgerufen. Für den Erhalt von Arbeitsplätzen und gegen Arbeitszeitverlängerung. Der Unmut über immer mehr Arbeitsdruck und der Zorn über die Zumutungen der öffentlichen Arbeitgeber entladen sich mit einem Pfeifkonzert auf dem Opernplatz. Und mit deutigen Parolen. Von Möllrings „Gehaltsklau“ ist die Rede.

Unübersehbar ist der Beruf der Demonstranten. Die meisten kommen aus Kliniken, tragen Berufskleidung. Aus Niedersachsen kamen Ältere in ehrwürdiger

Schwestertracht mit Häubchen. Neben ihnen ganz in Grün, die Kolleginnen und Kollegen aus den Intensivstationen mit Mundschutz. Ein paar Schritt

STELLENABBAU

Die Befristeten trifft es zuerst

Es geht in der Auseinandersetzung auf der Länder- und Kommunalebene wie gern behauptet nicht um ein paar mehr Minuten mehr geleistete Arbeit. Tatsächlich geht's um Stellenabbau durch die Hintertür. Arbeiten die Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst ab morgen täglich 18 Minuten mehr, können die öffentlichen Arbeitgeber ab übermorgen auf etwa eine Viertelmillion ihrer Angestellten verzichten. Und zuerst treffen wird es dabei die Beschäftigten mit einer Befristung in ihrem Arbeitsvertrag.

Allein unter den etwa 160 000 Beschäftigten an den Universitätskliniken wären davon 30 bis 40 Prozent betroffen. So haben unter den 2 692 Beschäftigten der Medizinischen Hochschule Hannover 1 328 einen befristeten Vertrag. Am Uniklinikum Würzburg sind es 620 von 1 900 Stellen. Und: Diese Beschäftigten haben zum großen Teil schon längere Arbeitszeiten so sie nach Kündigung der Arbeitszeitbestimmungen eingestellt wurden. Sollten sie als erste ihre Stellen verlieren, nennt man das dann wohl die Ironie der Geschichte.

te weiter ziehen die Streikenden des Statistischen Landesamtes in Düsseldorf auf den Platz. Und mit entschlossenen Gesichtsmienen Streikende der TU Braunschweig sowie der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg.

Gestreikt wird seit acht Wochen. Es geht nicht um 18 Minuten Mehrarbeit, macht ver.di-Chef Frank Bsirske in seiner Ansprache deutlich. Mit der Arbeitszeitverlängerung geht es um Arbeitsplätze – auch von morgen. „Es ist ein Streik auch für die Zukunft unserer Kinder“, sagt er. Und er spricht von den Arbeitsbedingungen der Streikenden: „Ich möchte Herrn Möllring einladen zu einer Woche Schichtdienst im Krankenhaus oder bei den Straßenmeistern, die bei Nacht und Kälte rausmüssen – für die Sicherheit auf den Straßen.“

Von Hannover geht ein Signal aus

Frank Stöhr, erster Vorsitzender der dbb tarifunion, hält den öffentlichen Arbeitgebern eine Politik nach Gutsherrenart vor. „Die Ministerpräsidenten der Länder wollen wohl den öffentlichen Dienst zur gewerkschaftsfreien Zone machen. Aber hier von Hannover geht ein Signal aus,

dass sie sich dabei verrechnet haben. Wir werden kämpfen, bis wir einen fairen Tarifvertrag haben“, kündigt er an.

Es sind nicht nur Streikende nach Hannover gekommen. „Wir sind mit den Streikenden solidarisch. Deshalb sind wir hier. Wir streiken nicht, weil wir seit kurzem einen anderen Rechtsträger der Klinik haben“, sagt Gabriele Welsch, Personalratsvorsitzende der Universitätsklinik Rostock. „Wir brauchen einen bundesweiten Tarifvertrag für die Unikliniken und zwar auf der Basis des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes.“ Ebenso solidarisch zeigt sich mit Transparent eine Gruppe Postlerinnen und Postler. Auch der ver.di-Bundesausschuss der Erwerbslosen demonstriert in Hannover.

Diese Solidarität ist Balsam für die Streikenden im öffentlichen Dienst. „Es kommt jetzt darauf an, durchzuhalten. Diese Kundgebung hat uns gestärkt“, rüht Ellen Paschke, ver.di-Bundesvorstandsmitglied für den Gesundheitsdienst, ihr Fazit. „40 Stunden, das wollen wir nicht, denn das bedeutet Lohnverzicht“, rüht die Band *Lucky Streik* in den Refrain „Marmor, Stein und...“ Sie weiß, worum es geht. Sie kommt von der Universitätsklinik Bonn.

KLINIKUM DUISBURG

So geht's nicht Geschäftsleitung kündigt Vertrauensleuten fristlos

Die Geschäftsführung des Klinikums Duisburg hat fünf aktiven Vertrauensleuten fristlos gekündigt. Als Grund nennt die Klinikleitung das Engagement der Vertrauensleute für 35 Krankenpflegefachlehrerinnen anlässlich einer Protestaktion an der Klinik. Den Schülerinnen waren Maßregelungen angedroht worden, weil sie sich an einer ver.di-Kundgebung in Essen beteiligt hatten. ver.di-Landesbezirksleiterin Gabriele Schmidt sprach von einem „skandalösen Vorfall“ und sicherte den fünf Vertrauensleuten die Solidarität der gesamten Organisation zu. Das Klinikum Duisburg hat 1 200 Beschäftigte und ist Akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Duisburg-Essen.

Der Versuch, den Konflikt politisch zu lösen, scheiterte. Geschäftsführer Reinhard Isenberg war zu keinem Einlenken bereit. In einem eineinhalbstündigen Gespräch zwischen Klinikleitung, ver.di und

Arbeitnehmervertretern hatte ver.di versucht, eine Lösung im Sinne der Beschäftigten herbeizuführen. Vorgeschlagen wurde, dass der Arbeitgeber in einer gemeinsamen Erklärung darauf verzichtet, arbeitsrechtliche Maßnahmen auszusprechen. Dabei war es ausdrückliches Ziel von ver.di, wieder zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Klinikum zu kommen. Gabriele Schmidt sagt: „Es ist bedauerlich, dass es aufgrund der Maximalposition der Klinikleitung nicht möglich war, den Konflikt einvernehmlich zu lösen. Nun trägt die Geschäftsführung die volle Verantwortung für eine mögliche Zuspitzung der Auseinandersetzung.“

Nach dem gescheiterten Gespräch hat ver.di vor dem Klinikgelände ein Solidaritätszelt errichtet. Thomas Keuer, ver.di-Geschäftsführer in Duisburg kündigt an: „Dieses Zelt wird dort so lange stehen, bis die Kündigungen vom Tisch sind.“

WETTBEWERB DER KLINIKEN

Kosten sparen bringt nichts Die Arbeitgeberforderungen unterhöheln die Einnahmebasis der Krankenhäuser

Krankenhäuser versuchen derzeit ihre Personalkosten zu reduzieren über die Löhne und Gehälter. Sie wollen sich damit im Wettbewerb Vorteile verschaffen. Auch die Arbeitszeitverlängerungen in den Landeskliniken, der Wegfall von Weihnachts- und Urlaubsgeld sollen diesem Ziel dienen. Doch billiges Personal allein schafft noch keinen Wettbewerbsvorteil. Vielmehr zwingt der Wettbewerb die Krankenhäuser, weit mehr als bisher auf die Patientenzufriedenheit und die Qualität ihrer Leistungen zu setzen.

Dies hängt mit dem neuen Abrechnungssystem nach diagnoseorientierten Fallpauschalen (DRGs) zusammen. Hier wird geschätzt nach Krankheitsfall vergütet. Die entstandenen Kosten für das einzelne Krankenhaus werden nicht berücksichtigt. Insofern sind Krankenhäuser mit niedrigen Personalkosten scheinbar im Vorteil.

Doch die Einsparungen wirken sich spätestens mit einem Jahr Verzögerung negativ aus: Die geringeren Ausgaben für Personal fließen in die Kalkulation eines jährlich neu ermittelten Durchschnittswerts, der Landesbasisfallwerte (LBFW) ein. Die werden jedes Jahr zwischen Landeskrankenhausesgesellschaft und den Landesverbänden der Krankenkassen auf der Basis der tatsächlich entstandenen Kosten verhandelt. Eine tarifliche Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich geht in die neue Fallpauschalen-Kalkulation ein und bewirkt deren Absenkung.

Das einzelne Krankenhaus kann sich dann nur noch einen Kostenvorteil verschaffen, wenn es die Personalkosten noch weiter drückt, also letztlich an der Qualität von Behandlung und Pflege spart. Aber das ist schlecht für die Zufriedenheit der Patienten und auf Dauer für das Krankenhaus Existenz bedrohend.



FOTOS: VER.DI; DBB TARIFUNION

it, verheiratet, hat 5 Kinder, fahren als Laborhilfskraft im sitätsklinikum Düsseldorf

legen, die in unserem Krankenhaus arbeiten auch die gleichen Rechte und Arbeitsbedingungen bekommen.
Wir befinden uns jetzt in der 9. Streikwoche und jeden Tag sehe ich neue Gesichter, die sich unserem Streik anschließen. Die Stimmung in unserem Streikzelt ist ausgesprochen gut und ich bin fest entschlossen, bis zum erfolgreichen Abschluss eines Tarifvertrages weiter zu streiken, und ich denke, so geht es uns allen.

SONDERZUG



Von Bayern zur Demo nach Hannover

Einsteigen!



Weil es bei allem ersten Hintergrund noch immer Spaß macht, mit Gleichgesinnten bzw. Leidensgenossen auf Reisen zu gehen, war die Stimmung trotz des frühen Abreisetermins in den beiden Sonderzügen aus Bayern sehr gut. Eine vitaminreiche Brotzeit tat das ihre.

Hannover empfing uns mit Tränen. Das lag wahrscheinlich an unseren Lohnzetteln ohne Urlaubs- und Weihnachtsgeld oder an der Tatsache, dass auf Station jetzt jeden zweiten Samstag umsonst gearbeitet werden muss, um die 3,5 Stunden kostenlose Mehrarbeit pro Woche zu erbringen, was selbst den Himmel zum Weinen bringt.

Nach einem kurzen Demozug empfing uns auf dem Opernplatz zeitgemäße Musik. Bei der Begrüßung konnte uns leider nicht über einen positiven Tarifsabschluss berichtet werden, so dass es langsam zum Problem wird, ohne Wut an die Arbeitgeberseite zu denken. Frank Bsirske scheint es ähnlich zu gehen. Durch sein Bad in der Menge hoffen wir ihn getröstet zu haben.



BRIGITTE BINDER, KLINIKUM DER UNIVERSITÄT MÜNCHEN

Vor dem Bahnhof in Hannover



IMPRESSUM

EXTRA ZUM STREIK IM ÖFFENTLICHEN DIENST:
VER. DI-BUNDESVORSTAND, PAULATHIEDE-UFER 10, 10179 BERLIN
POSTANSCHRIFT: 10112 BERLIN
TEL: 030/6956-0, FAX: 030/6956-3012
E-MAIL: REDAKTION.PUBLIK@VERDI.DE

HERAUSGEBER:
FRANK BSIRSKÉ, VORSITZENDER DER VEREINigten DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT VER. DI

REDAKTION: MARTIN KEMPE (V.I.S.D.P.), CHRISTA HECHT, ULRICH HOHNDOERF, PETRA GROLL, CHRISTIAN JUNGELOTT, RENATE KOSSMANN, GUNTER LANGE, HERBERT WEISBROD-FREY, PETRA WELZEL
GESTALTUNG UND PRODUKTION: BUCKENDAHL-DESIGN, HAMBURG
DRUCK: ALPHA-PRINT-MEDIEN AG, DARMSTADT

Unser Zug zum Opernplatz



Zeitgemäße Musik auf dem Opernplatz



FOTOS: FINK (1), WINKLER (3), SCHÖNBERGER (1)

Und was Sie noch über den Streik im Öffentlichen Dienst wissen sollten, finden Sie hier:
www.streik-oed.verdi.de / www.tarifunion.dbb.de